

Fortsetzung von Seite 1

bei rund 8,7 Mio Euro, aus den bei der Stadt verbleibenden Gewerbesteuern bei rund 17 Mio Euro.

... mit den „Besatzungskosten“?

Die heißen heute nicht mehr so. Seit die Bundesrepublik Deutschland 1955 ihre Souveränität erlangte, befinden sich ausländische Truppen nicht mehr als Besatzer, sondern im Rahmen von NATO-Vereinbarungen in Deutschland. Die finanziellen Beiträge, die die Bundesrepublik dazu leistet, nennt man heute Sanierungskosten oder Devisenausgleich, und sie erfolgen im Rahmen eines so genannten „bilateral cost sharing“, also aufgrund gegenseitiger Vereinbarungen über Kostenteilung.

Aus einem Bericht des „Secretary of Defense“ (eine Behörde der US-Administration) an den Kongress der Vereinigten Staaten im Juni 2002 geht Folgendes hervor: Im Jahr 2000 waren in den US-Militärstützpunkten in Deutschland 70.126 SoldatInnen stationiert. Sie wurden von der Bundesrepublik mit insgesamt 1,211 Milliarden Dollar (= 1211 Millionen) unterstützt, das sind nach dem damals aktuellen Wechselkurs ziemlich genau 2,4 Milliarden DM gewesen. Dieser Betrag setzt sich zusammen aus direkten Geldzahlungen in Höhe von fast 89 Mio Dollar und indirekter Unterstützung in Höhe von 1,12 Milliarden Dollar (für kostenfreie Nutzung von Flächen und Einrichtungen, für Steuerbefreiungen und für kostenreduzierte staatliche Dienstleistungen). Damit finanziert Deutschland 21% der anfallenden Stationierungskosten und leistet den betragsmäßig bei weitem höchsten Beitrag aller NATO-Partner der USA – an zweiter Stelle steht Italien mit 364 Mio Dollar.

Mit einer (allerdings vereinfachten) Rechnung kann man den deutschlandweiten „cost sharing“-Beitrag auf den Bamberger Stützpunkt herunterrechnen. Bei 3200 von insgesamt 70.000 stationierten SoldatInnen kommt man damit auf einen Betrag von über 55 Mio Dollar.

... mit der Konsumbilanz der US-BürgerInnen?

Hier gibt es leider überhaupt keine verlässlichen Daten, weil nirgends die Quote der Garnisons-Angehörigen unter der Kundschaft erhoben wird. Der Vorsitzende des Einzelhandelsverbands Bamberg schätzt die Geschäfte des klassischen Einzelhandels mit US-KundInnen nicht sonderlich hoch ein, weil es in der Area eigentlich alles zu kaufen gibt und die KonsumentInnen an ihren aus den USA gewohnten Produkten hängen.

Auch der Hotel- und Gaststättenverband hält den durch-

schnittlichen Anteil der AmerikanerInnen an den Gastronomie-Gästen für ziemlich gering. Es gebe allerdings einzelne Lokale, v.a. Diskotheken, die fast ausschließlich von ihnen frequentiert würden und bei einem Abzug massive Einbrüche zu erleiden hätten. Allerdings versuchten einige Gastwirte ohnehin, dies zu ändern und eine neue Stammkundschaft aufzubauen, weil das gehäufte Auftreten junger männlicher Soldaten unweigerlich immer wieder mit Prügeleien, Polizeieinsätzen und anderem Ärger verbunden sei.

„Gravierend“ nennt man bei der Taxigenossenschaft die Bedeutung der US-BürgerInnen für das Fahrtgeschäft. Genaue Zahlen konnte man auch hier nicht nennen, weil gerade bei diesem Kundenkreis die Zahl der „Einsteiger“ sehr hoch ist, d.h. sie bestellen ein Taxi nicht über die Zentrale, sondern steigen direkt am Taxistand oder auf der Straße zu. Grob schätzt man den Anteil der Fahrten für US-BürgerInnen auf 10%, wenn auch eher rückläufig wegen des ungünstigen Dollarkurses.

... mit dem Wohnungs- und Immobilienmarkt?

Darüber hat die Lokalredaktion des FT bereits ausführlich berichtet. Die US-SoldatInnen und ihre Familien bewohnen insgesamt 2350 Soldatenunterkünfte und Wohnungen in der US-Area, zudem noch 1250 Wohnungen im Bamberger Stadtgebiet und Umland. Würden diese frei, käme es zuallererst zu einem Überangebot an Wohnungen, von dem nach Einschätzung der vom FT befragten Wohnungsmakler vor allem junge Familien profitieren. Die Vermieter müssten hingegen unter Umständen einen Preisverfall hinnehmen, je nach Lage: Im Stadtgebiet würden die Verluste eher schwach ausfallen, dafür stärker im Landkreis Bamberg.

Die Mieten in der Stadt Bamberg liegen bayernweit im Durchschnitt, so die Statistik des Rings Deutscher Makler von 2001. Hier kann man billiger mieten als in vergleichbaren Städten in Südbayern wie Kempten oder Rosenheim, muss aber mehr zahlen als beispielsweise in Schweinfurt oder Hof. Anders sieht es bei Eigentumswohnungen aus. Bei einem Vergleich der 100 größten deutschen Städte landete Bamberg im Jahr 2000 auf dem stattlichen Platz 34, was die Quadratmeterpreise für Eigentumswohnungen anging.

Aus einem Sitzungsbericht des Bamberger Stadtrats vom 28.3.1990, verfasst vom legendären Referent Gegenfurtner:

„Abschließend darf noch darauf aufmerksam gemacht werden, daß mit einem Abzug aller US-Soldaten aus Bamberg auch der Bamberger Heiratsmarkt starke Einbußen erfahren würde. Haben doch allein in den letzten 5 Jahren 569 Bamberger Frauen US-Soldaten geheiratet. Daß diese nicht die schlechtesten Ehemänner werden, liegt auf der Hand, denn wer gibt schon (...) seine Heimat (...) auf, um mit dem Ehemann in des Wortes wahrster Bedeutung durch dick und dünn, nämlich in eine andere, fremde Welt zu gehen.“

... mit der Planungshoheit der Stadt?

In einem Leserbrief führte CSU-Stadtrat Dr. Lange aus, dass bei einer Freigabe der US-Liegenschaften „Investoren von auswärts das Gelände aufkaufen und (darüber) bestimmen könnten“, und dass die Steuerungsmöglichkeiten der Stadt „sehr eingeschränkt“ seien. Das ist eine Fehlinformation. Tatsächlich würden die Flächen zunächst an die jeweiligen Eigentümer fallen, teilweise der Freistaat Bayern, teilweise die Bundesrepublik Deutschland. Diese könnten sie auch prinzipiell an jeden x-beliebigen Investor verkaufen. Wie dieser aber die Fläche nutzen bzw. was er darauf bauen dürfte, läge selbstverständlich in der Planungshoheit der Stadt.

Darüberhinaus hat die Stadt sogar noch ein weiter gehendes Steuerungsinstrument an der Hand: die städtebauliche Entwicklungsmaßnahme. Das berichtet übrigens auch eine Sitzungsvorlage für den Stadtrat von 1990, als man sich schon einmal über eine Standortreduzierung Gedanken machen musste: „Die Stadt als örtlicher Planungsträger kann daher für ein solches Gebiet eine städtebauliche Entwicklungsmaßnahme per Satzung beschließen mit der Folge, daß sie dieses Gebiet sodann (...) erwerben, aufplanen und an entsprechende neue Nutzer weiter veräußern kann. Bei Weigerung der bisherigen Eigentümer, zu verkaufen, steht dem Planungsträger (...) das Recht zur Enteignung zu (...)“.

Kurz: Die Stadt hätte die Möglichkeit, einen „besonders unliebsamen“ Investor zum Verkauf zu zwingen. Sie müsste, grob umrissen, dafür den üblichen Verkehrswert für diese Fläche bezahlen (Militärnutzung), und könnte dann das Areal in Gewerbegebiet oder Wohngebiet umwidmen und weiterverkaufen. Es wäre damit also auch nur ein vorübergehendes finanzielles Engagement der Stadt verbunden.

... mit früheren Standortreduzierungen?

Die US-Garnison in Bamberg war schon mal deutlich größer: Im Jahr 1990 lebten ca. 12.000 US-BürgerInnen in Bamberg, davon waren 7600 SoldatInnen. Anfang der 90er Jahre sollten die hier stationierten US-Truppen reduziert werden, um 1250 SoldatInnen, wie man von Seiten der USA dem Bam-

berger Stadtrat mitteilte. Damals übrigens gar nicht zur Unfreude der Stadt. In einer Ratsitzungsvorlage von 1990 heißt es: „Selbstverständlich hat der Oberbürgermeister die Wünsche des Stadtrates (Beschluss vom 26.09.1990), Verhandlungen mit allen zuständigen Stellen aufzunehmen mit dem Ziel einer weiteren und viel deutlicheren Reduzierung der US-Garnison in Bamberg, vollzogen und Verhandlungen mit der dafür zuständigen Bayerischen Staatskanzlei und den US-Streitkräften aufgenommen.“

Vor dreizehn Jahren stellte sich der Stadtrat der Realität: Man wollte eine „allmähliche“ Standortreduzierung erreichen, bemühte sich um einen Sozialplan für entlassene deutsche Zivilangestellte, forderte eine baldige Freigabe von Liegenschaften und sprach beim Freistaat Bayern vor, um ersatzweise staatliche Behörden nach Bamberg zu holen. Die Anwesenheit der US-Truppen wurde zu dieser Zeit allerdings auch noch anders wahrgenommen als heute: Die AnwohnerInnen im Ostendklagen über Lärm von Schießübungen und Panzern, junge männliche Soldaten waren eine zuverlässige Quelle für allerhand Drogen und machten immer wieder die Straßen unsicher, und der Verlust von immer mehr Flächen im Hauptmoorwald wurde (damals noch) von der Stadt sehr kritisch gesehen.

... mit Standortauflösungen allgemein?

Einen Überblick über die vielfältigen Projekte und Möglichkeiten an dieser Stelle zu geben, ist nicht möglich. Aber Bamberg steht mit dem Problem Truppenabzug naturgemäß nicht allein da. Ein erfolgreiches Beispiel für Konversion (d.h. Umnutzung von Militärstandorten) ist z.B. das „Französische Viertel“ in Tübingen, wo seit dem Abzug der französischen Truppen 1991/92 ein 60 Hektar großes Stadtquartier neu entwickelt wird: Wohnungen für 6000 Menschen, Arbeitsplätze für 2000 Menschen sind hier langfristig am Entstehen. In Münster wächst auf 88 Hektar ehemaligem Kasernengelände der Gewerbepark Lobbenheide. Der Sportartikelhersteller adidas erweitert seine zu eng gewordenen Firmengebäude in Herzogenaurach derzeit auf nahe gelegenen Ex-Militärareal. In Kaiserslautern verband man die Konversion mit der Landesgartenschau und auch in Magdeburg half eine Bundesgartenschau, Militärbrachen umzunutzen.

Die EU finanziert im Rahmen von „Konver II“ Konversionsprojekte und legte dabei z.B. für besonders betroffene Regionen in Schleswig-Holstein ein Sonderprogramm auf, das 30% aller Kosten übernimmt, insgesamt waren das fast 9 Milliarden Euro EU-Mittel. Auch der Bund hilft Gemeinden mit so genannten Konversionsmitteln: Bayern erhielt beispielsweise

neigegezd

Visionslose Stahlhelme

Öha: Da hat offensichtlich jemand an einem Tabu gekratzt. Gemessen an den Aufregtheiten in den Leserbriefspalten des FT darf man in Bamberg eines ganz gewiss nicht: über die Zukunft der US-Garnison reden, geschweige denn über die Perspektiven ohne Garnison auch nur nachdenken.

Um zwei Vorwürfe an die GAL geht es vor allem:

1. DER ABZUG DER AMIS WERDE BAMBERG WIRTSCHAFTLICH SCHADEN.

Selbst wenn dies so wäre: Ist es ein Grund, nicht darüber nachzudenken? Eher ist es umgekehrt: Wer sich weigert, diese Möglichkeit überhaupt in Erwägung zu ziehen, wird hilf- und konzeptlos dastehen, wenn es denn wirklich so weit ist. Vor 13 Jahren war man da schon mal weiter...

2. DAS NACHDENKEN ÜBER EINEN US-ABZUG GEFÄHRDE DIE DEUTSCH-AMERIKANISCHE FREUNDSCHAFT.

Ein peinliches Argument und mit liebedienerischem Kotau vorgetragen. Dabei macht sich keiner die Mühe zu fragen, wer denn eigentlich in letzter Zeit diese Freundschaft gefährdet hat: War es ein GAL-Stadtrat, der sich erdreistet, über die Zukunft Bambergs nachzudenken? Oder war es eine US-amerikanische Regierung, die die Weltöffentlichkeit und ihre „Freunde“ in atemberaubend schamloser Weise über die vorgeblichen Gründe eines völkerrechtswidrigen Angriffskriegs getäuscht hat?

Verloren zu gehen droht bei dieser Auseinandersetzung ein ganz anderer Aspekt: Könnte ein Bamberg ohne Militär nicht sogar an Lebensqualität gewinnen? Für die städtische Pressestelle eine abwegige Frage: Sie jubelt die Militär-Garnison gar zu einem „Teil der Bamberger Stadtidentität“ hoch. Die – wie ich meine: meisten – Bamberger erleben sie jedoch als einen Fremdkörper, als einen „Stachel im Fleisch“ Bambergs.

Im Gegensatz zu den Stahlhelmen im Rathaus können wir uns deshalb ein Bamberg ohne Garnison, ohne Panzer im Hauptmoorwald, ohne Schießlärm in Bamberg-Ost, ohne einen mit Mauern und Stacheldraht bewehrten „Staat in der Stadt“ sehr wohl vorstellen.

G.R.

im Jahr 2001 700 Mio DM für leistungsaufträge, Währungsumtausch, Ausgaben für Benzin und sogar Krankenhauskosten genannt werden. Allerdings sind diese Zahlen wegen veränderter Preise, Ausgabeverhalten und vor allem Garnisonsgröße heute nicht mehr aussagekräftig.

Und eigentlich hat sogar Bamberg selbst einige Erfolge zu bieten: Man denke nur an den Einzug der bayerischen Bereitschaftspolizei in die ehemalige US-Kaserne an der Pödeldorfer Straße oder an das Computer-Service-Zentrum der Telekom und das FT-Verlagshaus mit nagelneuer Druckerei auf dem früheren Army-Gelände an der Gutenbergstraße. Hätte die Stadt mehr solcher Entwicklungsflächen zur Verfügung, bräuchte sie z.B. nicht mehr die schädlichen Planungen für ein Gewerbegebiet nordwestlich der B 26 vorantreiben, die zur Zerstörung von ökologisch wertvollem Main-Überschwemmungsgebiet führen würde.

... mit Informationen aus der US-Garnison?

Sehr sehr dürftig. Aus dem Jahr 1990 gibt es eine Sitzungsvorlage für den Stadtrat, in der vom Standortkommandeur Ausgabensummen u.a. für Bau- und Reparaturaufwand von Wohnsiedlungen, Dienst-

leistungsaufträge, Währungsumtausch, Ausgaben für Benzin und sogar Krankenhauskosten genannt werden. Allerdings sind diese Zahlen wegen veränderter Preise, Ausgabeverhalten und vor allem Garnisonsgröße heute nicht mehr aussagekräftig. Und beim besten Willen bieten diese 13 Jahre alten Daten keinerlei Anhaltspunkt für die in einigen Leserbriefen aufgestellten Behauptungen, der deutschen bzw. Bamberger Wirtschaft kämen zwischen 80 und 150 Mio Euro (jährliche) Ausgaben zugute. Für diese Zahlen gaben weder die Leserbriefverfasser Quellen an, noch konnte die 99Z zuverlässige Angaben in dieser Richtung ermitteln. Eine aktualisierte Ausgabenaufstellung wurde der 99Z von der Bamberger US-Stelle für Öffentlichkeitsarbeit zwar in Aussicht gestellt, aber bisher nicht geliefert.

sys

NAH- UND FERN
UMZÜGE
PETER SCHIELE
Auslandstransporte
Möbel- und Küchenmontage
Möbellagerung · Außenaufruf
96052 Gundelsheimer Str. 100
☎ (09 51) 6 93 39 FAX 6 73 40